

## ■ MITTELFRISTIGE PERSPEKTIVEN DER BUDGETPOLITIK

*Die österreichische Budgetpolitik ist vom Ziel geprägt, bis zum Jahr 2002 für den Gesamtstaat einen ausgeglichenen Haushalt (Nulldefizit) zu erreichen. Im Regierungsprogramm und im Stabilitätsprogramm, das im März dieses Jahres vorgelegt wurde, war für die laufende Legislaturperiode (bis 2003) ein Rückgang der Neuverschuldung (für den gesamten öffentlichen Sektor) auf 1,3% des BIP vorgesehen. Der Konsolidierungskurs ist daher in den letzten Monaten deutlich verstärkt worden und im Budgetprogramm der Bundesregierung verankert, das gemäß § 12 BHG sechs Monate nach Amtsantritt der neuen Regierung vorzulegen war. Österreichs Budgetsaldo würde damit im Jahre 2002 etwa im Mittelfeld der Euro-Staaten liegen. Dieses Ziel bezieht sich auf alle öffentlichen Haushalte und schließt auch die Länder und Gemeinden mit ein. Es erfordert daher eine intensive Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften.*

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts in den nächsten zwei Jahren zu verwirklichen, ist kein Selbstzweck, sondern eine große Herausforderung. Die Begründungen für diese Maßnahmen lassen sich in vier Aspekte gliedern:

1. Der Abbau der Neuverschuldung verringert mittelfristig den Aufwand für Zinszahlungen und erweitert damit den Budgetspielraum für künftige Aufgaben. Die Senkung der Zinsaufwendungen entlastet zudem die jüngere Gene-

### ZIELE EINES AUSGEGLICHENEN BUDGETS

ration und entschärft die Probleme, die sich aus dem *Generationenvertrag* und dem wachsenden Anteil der älteren Bevölkerung für künftige Haushalte ergeben werden.

2. Ein ausgeglichenes Budget stärkt die *Kreditwürdigkeit* Österreichs auf den internationalen Finanzmärkten und festigt die ausgezeichnete Bonitätsbeurteilung.
3. Die Verringerung des Budgetdefizits schafft den erforderlichen Spielraum für die künftige *Steuerpolitik* und die notwendigen Strukturanpassungen im Steuersystem. Ein ausgeglichener Haushalt dämpft den Druck der Budgetpolitik auf die Steuerpolitik.
4. Ein ausgeglichenes Budget stärkt die *Wettbewerbsfähigkeit* der österreichischen Wirtschaft, weil es Spielraum für Maßnahmen zur Förderung der Forschung und Ausbildung schafft.

Begutachtung: Helmut Kramer •  
Wissenschaftliche Assistenz: Brigitte  
Schütz • E-Mail-Adressen:  
Gerhard.Lehner@wifo.ac.at,  
Brigitte.Schuetz@wifo.ac.at

## Der Bundeshaushalt 1999/2000 im Überblick

### Vorläufiger Gebarungserfolg 1999

Der vorläufige Gebarungserfolg 1999 des Bundes weist im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 787,6 Mrd. S und Einnahmen von 719,4 Mrd. S aus. Der Abgang beträgt somit 68,2 Mrd. S (2,5% des BIP; 1997 2,7%, 1998 2,5%). Im Vollzug wurden sowohl die präliminierten Ausgaben (um 20,0 Mrd. S) als auch die Einnahmen (um 22,0 Mrd. S) spürbar überschritten, der Abgang wurde somit leicht verringert. Ein erheblicher Teil der Mehreinnahmen und -ausgaben waren Einmalmaßnahmen, die wie eine „Bilanzverlängerung“ wirken und die Budgets der folgenden Jahre nicht beeinflussen. Die Mehreinnahmen betrafen vor allem Abrechnungsreste in der Sozialversicherung (rücker setzte Ausgaben), Einnahmen aus Stückzinsen und Emissionsgewinnen, Rücklagenentnahmen und Rückflüsse aus dem EU-Haushalt usw. Diese Einnahmen fehlen großteils 2000.

Im Ausgleichshaushalt standen 1999 Gesamteinnahmen von 490,0 Mrd. S Gesamtausgaben von 421,8 Mrd. S gegenüber. Diese Positionen enthalten auch Transaktionen, die im Zusammenhang mit Kreditaufnahmen sonstiger Rechtsträger stehen (ASFİNAG, SCHIG, ÖIAG usw.; Ausgaben insgesamt 1999 65,2 Mrd. S) und gleich hohe Einnahmen erbringen; sie wirken daher saldenneutral. Ferner umfasst der Ausgleichshaushalt die Aufnahmen und Tilgungen der kurzfristigen Transaktionen im Rahmen der Kassenverwaltung, die ebenfalls weitgehend saldenneutral sind: Sie erforderten 1999 Ausgaben von 152,4 Mrd. S und brachten Einnahmen von 152,6 Mrd. S. Diese Kreditoperationen sind kurzfristig und müssen bis zum Jahresende ausgeglichen sein. Die Kreditaufnahmen im Zusammenhang mit der Finanzierung des Budgetdefizits (einschließlich der Währungstauschverträge) brachten Einnahmen von 272,2 Mrd. S und erforderten Ausgaben von 204,2 Mrd. S.

### Voranschlag 2000

Der Bundesvoranschlag für das Jahr 2000 sieht im *allgemeinen Haushalt* Ausgaben von 781,5 Mrd. S und

Einnahmen von 726,8 Mrd. S vor. Der Nettoabgang beträgt somit 54,6 Mrd. S (1,9% des BIP). Die Defizitquote liegt demnach deutlich unter jener der Vorjahre. Auch im Jahr 2000 werden Aufgaben, die bisher voll im Bundeshaushalt integriert waren, ausgegliedert. Das verzerrt die globalen Zuwachsraten der Ausgaben und Einnahmen. Schließlich haben die Kompetenzänderungen zwischen den Ministerien erhebliche Verschiebungen zwischen einzelnen Budgetkapiteln zur Folge. Als wichtigstes Beispiel kann die Arbeitsmarktverwaltung dienen (die vom Kapitel 15 in das Kapitel 63 überstellt wurde).

Aufgrund der hohen Einmaleffekte im Vorjahr sind die Ausgaben für 2000 geringer präliminiert als 1999. Zahlungen an die Pensionsversicherungen, die teils nicht über das Budget abgewickelt werden, dämpfen zudem heuer den Bundesbeitrag. Die Senkung der Ausgaben für 2000 ist daher einerseits durch die überhöhte Basis 1999, andererseits aber durch Sondereffekte im laufenden Jahr bedingt.

Im *Ausgleichshaushalt* sind für das Jahr 2000 Ausgaben von 496,0 Mrd. S und Einnahmen von 550,7 Mrd. S vorgesehen. Der Überschuss von 54,6 Mrd. S deckt sich mit dem Abgang im allgemeinen Haushalt. Ausgaben von 8,3 Mrd. S betreffen die Finanztransaktionen für die sonstigen Rechtsträger, 280,0 Mrd. S erfolgen im Rahmen der Kassenstärker und Austrian Treasury Bills. Für die Finanzschuldtransaktionen (einschließlich Währungstauschverträge) sind Ausgaben von 207,6 Mrd. S vorgesehen. In den Einnahmen sind, wie erwähnt, die Zahlungen der sonstigen Rechtsträger (8,3 Mrd. S) und der Kassenverwaltung (280,0 Mrd. S) enthalten. Im Zusammenhang mit der Finanzschuld sind (im Kapitel 58) Einnahmen von 262,4 Mrd. S präliminiert.

Wie in den Vorjahren ist auch im Jahre 2000 ein Konjunkturausgleichshaushalt veranschlagt, der Ausgaben von 5,1 Mrd. S vorsieht; davon entfallen 2,5 Mrd. S auf die Stabilisierungsquote und 2,6 Mrd. S auf das Konjunkturbelebungsprogramm.

Der vorliegende Beitrag untersucht zunächst, wieweit der vorläufige Gebarungserfolg 1999 eine tragfähige Ausgangsbasis für die mittelfristige Budgetpolitik ist, zumal alle Ansätze zum Konsolidierungsbedarf (zunächst) auf der Grundlage des Budgets 1999 ermittelt wurden. In der Folge analysiert der Artikel den Voranschlag 2000, der trotz vieler Übergangsmaßnahmen die Basis für die mittelfristige Budgetkonsolidierung bildet, und wie die Struktur der Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt dadurch verändert wird. Schließlich wird beleuchtet, wie die Bestrebungen, ein Nulldefizit zu

erreichen, die Einnahmen- und Ausgabenquote mittelfristig beeinflussen.

---

*Die Budgetpolitik ist gegenwärtig infolge des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes stark saldenorientiert.*

---

Die Budgetpolitik ist gegenwärtig infolge des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes stark saldenorientiert. Daher wird hier zunächst kurz auf die Entwick-

## Übersicht 1: Der Bundeshaushalt 1998 bis 2000

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg	2000 Bundesvor- anschlag
			Mrd. S	
Allgemeiner Haushalt				
Ausgaben	777,6	767,6	787,6	781,5
Einnahmen	711,6	697,4	719,4	726,8
Saldo	- 66,0	- 70,1	- 68,2	- 54,6
Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	342,4	264,1	421,8	496,0
Einnahmen	408,5	334,2	490,0	550,7
Saldo	+ 66,0	+ 70,1	+ 68,2	+ 54,6

lung der Salden eingegangen. Allerdings dürfen die Einflüsse auf die Ausgaben- und Einnahmenstruktur nicht unberücksichtigt bleiben, weil sie einerseits mittelfristig die Budgetentwicklung prägen und andererseits die Aufgabenerfüllung des Staates und ihre Finanzierung bestimmen.

Zu unterscheiden ist zwischen den administrativen Salden und den Salden gemäß dem VGR-Konzept („Maastricht“-Salden), welche für die internationale Beurteilung maßgeblich sind. Der administrative Saldo im Bundeshaushalt hat sich 1999 im Vergleich zu den Jahren 1997/98 leicht erhöht (1997 67,2 Mrd. S, 1998 66,0 Mrd. S, 1999 68,2 Mrd. S). Der Saldo gemäß VGR war (nach einem verrechnungsbedingten Anstieg 1998) 1999 mit 64,9 Mrd. S etwas niedriger als der administrative Saldo und deutlich geringer als 1998 (77,2 Mrd. S).

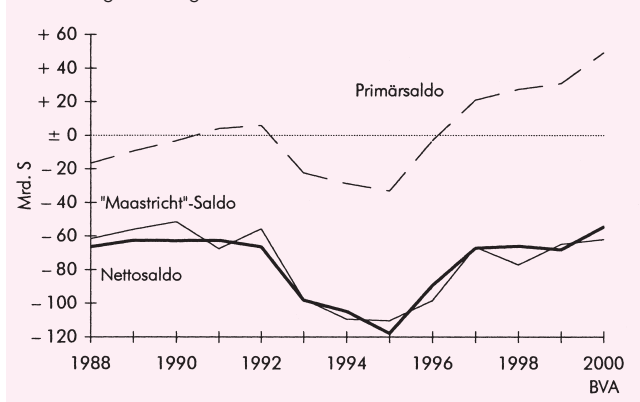
Im Bundesvoranschlag 2000 sinkt der administrative Saldo auf 54,6 Mrd. S. Zu diesem Rückgang tragen aber Einmalmaßnahmen entscheidend bei, die den VGR-Saldo nicht beeinflussen, sodass dieser mit 62,0 Mrd. S deutlich über dem administrativen Saldo liegt und der Rückgang gegenüber 1999 weniger ausgeprägt ist. Der VGR-Saldo wird gemäß Bundesvoranschlag im Jahre 2000 2,2% des BIP erreichen (1999 2,4%).

Die Salden für den Gesamtstaat sind niedriger, weil die anderen Gebietskörperschaften nicht zuletzt aufgrund des Konzepts der VGR einen Überschuss aufweisen. 1999 betrug dieser Überschuss etwa 0,3% des BIP, der Abgang für den Gesamtstaat lag daher bei 2,1% des BIP (57,4 Mrd. S). Er war damit zwar geringer als 1998 (2,3%), aber höher als 1997 (1,7%). Nach den jüngsten Daten hat demnach die Budgetkonsolidierung in den Jahren 1998/99 im Gesamtstaat keine Fortschritte gemacht. Das ist nicht nur auf den Bund, sondern auch auf die anderen Gebietskörperschaften zurückzuführen, deren Überschuss geringer war als 1997.

Für das Jahr 2000 wird zunächst mit einem Überschuss der anderen Gebietskörperschaften von 0,5% des BIP ausgegangen, sodass sich für den Gesamtstaat im laufenden Jahr etwa ein Abgang von 1,6% des BIP ergäbe.

Einen wichtigen Einblick in die Entwicklung des administrativen Saldos im Bundeshaushalt bietet eine Aufgliederung in einzelne Komponenten. Der Saldo der lau-

Abbildung 1: Budgetsalden des Bundes

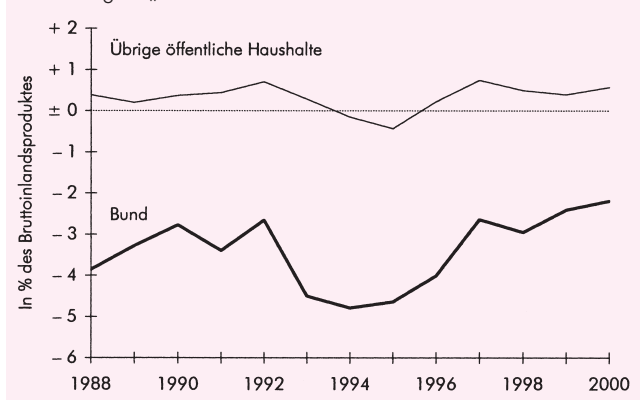


fenden Transaktionen wies 1999 einen Überschuss von 16,9 Mrd. S aus, deutlich weniger als 1998 (39,6 Mrd. S). Das deutet auf gewisse Strukturprobleme hin. Im Jahr 2000 wird der Überschuss der laufenden Transaktionen laut Voranschlag wieder steigen (auf 23,6 Mrd. S), ohne allerdings das hohe Niveau von 1998 zu erreichen. Die Investitionen und Kapitaltransfers des Bundes blieben in den letzten Jahren weitgehend konstant. Sie verschlechterten den Saldo 1999 um 85,7 Mrd. S, nur geringfügig mehr als 1998 (85,6 Mrd. S). Für 2000 wird ein Abgang von 84,7 Mrd. S erwartet.

Der BIP-relevante Saldo ergibt somit 1999 einen Abgang von 68,8 Mrd. S (1998 hingegen 46,0 Mrd. S). Für das Jahr 2000 sind 61,1 Mrd. S präliminiert. Diese großen Schwankungen des BIP-relevanten Saldos lassen vermuten, dass der Bund die Konjunktur 1999 spürbar gestützt hat und für 2000 ein etwa neutraler Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung zu erwarten ist.

Deutlich verändern sich die nachfrageunwirksamen Transaktionen. 1999 trugen diese Komponenten kaum zur Verbesserung des Saldos bei, sie ergaben einen Überschuss von 0,6 Mrd. S. 1998 hatten sie hingegen den Saldo um rund 20 Mrd. S verschlechtert. Gemäß dem Voranschlag werden sie den administrativen Saldo 2000 um etwa 6,4 Mrd. S verbessern.

Abbildung 2: „Maastricht“-Saldo des Staates



Übersicht 2: Komponenten des Budgetsaldos

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg	2000 Bundesvor- anschlag
	Mrd. S			
Saldo laufender Transaktionen	+39,6	+12,4	+16,9	+ 23,6
Investitionen und Liegenschaftskäufe	-10,3	- 8,0	- 8,9	- 2,9
Kapitaltransfers (netto)	-75,3	-81,8	-76,8	- 81,8
BIP-relevanter Saldo	-46,0	-77,4	-68,8	- 61,1
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen	- 9,2	+ 2,4	- 2,3	- 1,1
Rücklagenzuführung (netto)	-10,9	+ 4,8	+ 2,8	+ 7,5
Saldo allgemeiner Haushalt	-66,0	-70,1	-68,2	- 54,6
Zinsen (ohne Währungstauschverträge)	+93,3	+95,0	+98,9	+103,7
Primärsaldo	+27,2	+24,8	+30,7	+ 49,1

Neben der jährlichen Neuverschuldung spielt in der internationalen Beurteilung der Budgetpolitik auch der *Schuldenstand* (und seine Entwicklung) eine wichtige Rolle. Gemäß dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt soll die Schuldenquote 60% des BIP nicht übersteigen. Sie beträgt gegenwärtig in Österreich 65,2%. Eine Reduktion (Veränderung) dieser Quote wird von zwei Komponenten bestimmt: zum einen vom Verhältnis zwischen der nominellen Wachstumsrate des BIP und dem durchschnittlichen Zinssatz der Finanzschuld und zum anderen vom „Primärsaldo“ (dieser wird aus dem administrativen Saldo durch Abzug der Ausgaben für Zinsen errechnet).

Wenn der durchschnittliche Zinssatz höher ist als die nominelle Wachstumsrate, bedarf es eines Primärüberschusses, um die Schuldenquote zu stabilisieren (oder zu verringern). Auch 2000 bleibt das nominelle Wirtschaftswachstum mit 4,8% noch unter dem durchschnittlichen Zinssatz der Finanzschuld (5,4%). Der Primärsaldo des Bundes betrug 1999 30,7 Mrd. S und wird 2000 gemäß dem Voranschlag auf 49,1 Mrd. S steigen. Das lässt für heuer eine Verringerung der Finanzschuldenquote des Bundes erwarten, falls die Bewertungsänderungen neutral wirken.

*Die Finanzschuldenquote des Bundes wird sich heuer verringern.*

Das WIFO prognostiziert für das nächste Jahr ein etwas geringeres nominelles Wachstum des BIP als 2000. Der durchschnittliche Zinssatz wird vermutlich nicht weiter sinken (zumindest nicht im Ausmaß der letzten Jahre). Daher wird auch für das Jahr 2001 ein Primärüberschuss erforderlich sein, um die Staatsschuldenquote zu stabilisieren oder weiter zu senken.

Eine Zerlegung der Ausgaben und Einnahmen in einzelne Komponenten zeigt, wodurch die Saldenveränderung bewirkt wird. 1999 stiegen die Ausgaben des Bundes schwächer als das Bruttoinlandsprodukt, die Ausgabenquote sank auf 28,7% des BIP (1998 29,2%). Gleichzeitig war jedoch auch die Einnahmenquote rückläufig (von 26,7% im Jahr 1998 auf 26,2% 1999), so-

Übersicht 3: Ausgaben- und Einnahmenquoten

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg	2000 Bundesvor- anschlag
	In % des Bruttoinlandsproduktes			
<b>Ausgaben</b>				
Erstellung von Leistungen	8,6	8,4	8,6	8,2
Personalaufwand einschließlich Landeslehrer, ohne Post	4,8	4,7	4,9	4,8
Personalaufwand Post	0,6	0,6	0,6	0,6
Laufende Sachausgaben	2,7	2,6	2,7	2,6
Investitionen	0,4	0,4	0,4	0,3
Erwerb von Liegenschaften und aktivierungsfähigen Rechten	0,0	0,0	0,0	0,0
Transferausgaben	10,6	10,6	10,6	10,1
Finanzierung	10,0	9,0	9,5	8,8
Zinsen	3,9	3,9	4,0	4,1
Sonstige	6,1	5,2	5,5	4,8
Ausgaben allgemeiner Haushalt, bereinigt	29,2	28,0	28,7	27,2
<b>Einnahmen</b>				
Steuern (netto)	17,6	17,0	16,7	16,2
Steuerähnliche Einnahmen	4,2	4,1	4,2	4,1
Sonstige	4,9	4,3	5,2	4,9
Einnahmen allgemeiner Haushalt, bereinigt	26,7	25,4	26,2	25,2
Saldo	- 2,5	- 2,6	- 2,5	- 1,9

dass die Abschwächung der Ausgabenquote 1999 keine Verbesserung des Saldos zur Folge hatte.

Der Voranschlag 2000 lässt trotz der steuerlichen Maßnahmen (Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer, der Abgabe auf elektrische Energie und der Tabaksteuer) einen weiteren Rückgang der *Einnahmenquote* auf 25,2% erkennen, der großteils aus der seit Jahresbeginn wirksamen Steuerreform und der zweiten Etappe des „Familienpaketes“ resultiert. Die sonstigen Einnahmen wachsen ebenfalls schwächer als das nominelle BIP. Ihre Quote sinkt von 5,2% des BIP (1999) auf 4,9% im Jahre 2000, insbesondere weil verschiedene Einmalmaßnahmen wegfallen.

*Die Dämpfung des Budgetabgangs im laufenden Jahr ist großteils durch Ausgabenzurückhaltung bedingt.*

Die Ausgabenquote geht von 28,7% (1999) auf 27,2% im Jahre 2000 zurück und trägt daher dazu bei, den Budgetsaldo zu verbessern. Die Verringerung des Budgetabgangs im laufenden Jahr ist deshalb großteils durch Ausgabenzurückhaltung bedingt.

Der Rückgang der Ausgabenquote betrifft nahezu alle Komponenten. Für die Erstellung öffentlicher Leistungen, die 1998 und 1999 noch 8,6% des BIP erforderte, ist im Bundesvoranschlag 2000 eine Quote von nur 8,2% vorgesehen, wobei sowohl der Personalaufwand als auch die Investitionen gekürzt werden. Die Transfers (1999 10,6% des BIP, 1998 10,6%) sind im Bundesvoranschlag 2000 mit 10,1% angesetzt. Die Quote der Finanzierungsausgaben verringert sich im Bundesvoranschlag 2000 ebenfalls (8,8%, 1999 9,5%), allerdings

#### Übersicht 4: Modifizierte Ausgaben und Einnahmen des Bundes

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg	2000 Bundesvor- anschlag
			Mrd. S	
Ausgaben allgemeiner Haushalt	777,6	767,6	787,6	781,5
– Ausgaben der Betriebe	– 3,1	– 1,9	– 2,1	
– Durchlaufer	– 14,7	– 13,5	– 14,8	– 14,4
+ Abgänge der Betriebe	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,7	
Bereinigte Ausgaben	762,1	753,6	772,4	767,1
Einnahmen allgemeiner Haushalt	711,6	697,4	719,4	726,8
– Einnahmen der Betriebe	– 0,8	– 0,4	– 0,5	
– Durchlaufer	– 14,7	– 13,5	– 14,8	– 14,4
+ Überschüsse der Betriebe				
Bereinigte Einnahmen	696,1	683,5	704,2	712,4
Saldo	– 66,0	– 70,1	– 68,2	– 54,6

steigen die Zinszahlungen weiter – sie erfordern 2000 4,1% des BIP (1999 4,0%, 1998 3,9%). Die übrigen Finanzierungsausgaben werden hingegen deutlich schwächer als das BIP ausgeweitet.

Der Anstieg der Zinsenquote macht die Probleme deutlich, die sich aus der Finanzschuld für den Budgetspielraum ergeben, weil der Zinsaufwand kurzfristig durch budgetäre Maßnahmen nicht beeinflusst werden kann. Die Steuereinnahmen sind durch die Steuerreform geprägt, die Quote der sonstigen Einnahmen wird durch geringere Einmalmaßnahmen gedämpft.

Die Ausgaben und Einnahmen müssen für eine detaillierte Untersuchung um die Durchlaufer sowie die Ausgaben und Einnahmen der Betriebe bereinigt werden, weil diese das Bild verzerren. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass ab dem Jahre 2000 keine Betriebe (Gruppe 7) mehr voll im Budget integriert sind. Die Durchlaufposten spielen jedoch immer noch eine erhebliche Rolle<sup>1)</sup>. Die Durchlaufer betragen 1999 14,8 Mrd. S und sind für das Jahr 2000 mit 14,4 Mrd. S präliminiert.

Insgesamt betragen die so modifizierten Ausgaben 1999 772,4 Mrd. S; für 2000 sind 767,1 Mrd. S veranschlagt. Die bereinigten Einnahmen lauten für 1999 704,2 Mrd. S und für 2000 712,4 Mrd. S. Die Salden werden durch diese Modifikationen nicht beeinflusst.

### AUSGABEN FÜR ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN UND TRANSFERS GEWINNEN AN BEDEUTUNG

Die Struktur der Ausgaben des Bundes verschiebt sich merklich. Die Erstellung von (öffentlichen) Leistungen,

<sup>1)</sup> Bestimmte Ausgaben und Einnahmen werden im Bundeshaushalt doppelt verrechnet und blähen damit das Budgetvolumen auf. Als Beispiel kann insbesondere die teilweise Finanzierung des Karenzgeldes aus dem Familienlastenausgleichsfonds dienen: Diese Einnahmen sind sowohl im Kapitel 19 (Familienlastenausgleichsfonds) als auch im Kapitel 63 (Soziales, früher Kapitel 15) enthalten, und auch die Ausgaben finden sich in beiden Kapiteln.

#### Übersicht 5: Ausgaben in ökonomischer Gliederung

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg	2000 Bundesvor- anschlag
			Mrd. S	
Erstellung von Leistungen	223,7	226,3	230,6	231,7
Transfers	277,3	284,8	285,6	286,4
Finanzierung	261,1	242,5	256,2	249,0
Insgesamt	762,1	753,6	772,4	767,1
	In % der Gesamtausgaben			
Erstellung von Leistungen	29,4	30,0	29,9	30,2
Transfers	36,4	37,8	37,0	37,3
Finanzierung	34,3	32,2	33,2	32,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

die lange Zeit an Bedeutung im Bundeshaushalt verlor, spielt nunmehr wieder eine größere Rolle. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben stieg von 29,4% im Jahre 1998 auf 29,9% im vorläufigen Erfolg 1999 und erhöht sich weiter auf 30,2% im Bundesvoranschlag 2000. Die Transferzahlungen gewinnen ebenfalls spürbar an Gewicht (1998 36,4%, 1999 37,0%, 2000 37,3%). Hingegen schränkt der Bund seine Finanzierungsausgaben merklich ein, ihre Quote sank von 34,3% (1998) auf 33,2% im Jahre 1999; im Voranschlag 2000 setzt sich diese Tendenz mit einem Rückgang auf 32,5% fort.

Die seit längerem bestehende Tendenz, dass der Bundeshaushalt immer mehr zu einem Finanzierungshaushalt wird, der die Aufgaben anderer Rechtsträger oder Unternehmungen (mit-)finanziert, konnte offenbar in den Jahren 1999 und 2000 gestoppt werden. Dennoch klaffen Aufgabenerfüllung und -finanzierung im öffentlichen Sektor noch immer erheblich auseinander: Der Bund verschuldet sich zugunsten anderer Träger öffentlichen Rechts in bedeutendem Ausmaß.

Für die *Erstellung öffentlicher Leistungen* wandte der Bund 1999 230,6 Mrd. S auf, um 3,1% mehr als 1998. Für 2000 sind 231,7 Mrd. S geplant (+0,5% gegenüber dem Vorjahr). 1999 weitete der Bund seine Leistungen somit real aus. Im laufenden Jahr reicht die Zuwachsrate hingegen nicht aus, um die Preissteigerungen auszugleichen, gegenüber 1999 ist mit einem realen Rückgang zu rechnen. Die Schwerpunkte der Erstellung der öffentlichen Leistungen durch den Bund liegen in den Bereichen äußere und innere Sicherheit, Bildung (Schulen, Universitäten) und teils in der allgemeinen Verwaltung.

Die Ausgaben für Leistungen umfassen den Personalaufwand (für die aktiven Bundesbediensteten), die Aufwendungen für die laufenden Käufe von Gütern und Leistungen, die Investitionen und die Ausgaben für Liegenschaftskäufe. Die Erstellung öffentlicher Leistungen ist sehr personalintensiv: Auf den Personalaufwand (einschließlich Landeslehrer) entfallen fast zwei Drittel der Aufwendungen. Allerdings umfasst diese Summe auch die Personalausgaben für Postbeamte (16,3 Mrd. S), die

## Übersicht 6: Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg Mrd. S	2000 Bundesvor- anschlag
Personalaufwand einschließlich Landeslehrer, ohne Post	125,5	127,6	131,6	134,7
Personalaufwand Post	16,1	15,9	16,2	16,3
Laufende Sachausgaben	70,8	71,1	72,4	72,6
Investitionen	10,4	10,9	9,5	7,7
Erwerb von Liegenschaften und aktivierungsfähigen Rechten	0,9	0,7	0,8	0,5
Insgesamt	223,7	226,3	230,6	231,7

jedoch dem Bund von der Post vollständig vergütet werden und daher saldenneutral wirken. Diese Position stagniert, weil davon nur die Gehälter jener Beamten betroffen sind, die bereits vor der Ausgliederung in diesem Unternehmen beschäftigt waren.

Der öffentliche Personalaufwand stieg 1999 merklich, der Voranschlag wurde im Vollzug deutlich überschritten. Die Zuwachsrate (ohne Postbedienstete, aber einschließlich Landeslehrer) lag mit 4,8% beträchtlich über dem Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme in der Gesamtwirtschaft. Da die Zahl der öffentlich Bediensteten kaum stärker stieg als die Beschäftigung in der Privatwirtschaft, dürften die Pro-Kopf-Löhne und -Gehälter kräftiger zugenommen haben.

Die allgemeine Gehaltsrunde brachte im öffentlichen Sektor 1999 eine Erhöhung um 2,5%. Der Struktureffekt und die verschiedenen Nebengebühren bewirkten eine zusätzliche Erhöhung um annähernd 2% (Nebengebühren +4,8%). Die Ausgaben für die Landeslehrer wuchsen weiter überproportional, sie erforderten im Jahre 1999 mit 37,3 Mrd. S um 5,3% mehr als 1998. Hier ist der Struktureffekt noch größer als im Bereich der Bundesbediensteten.

Der Voranschlag für das laufende Jahr rechnet mit einem geringeren Anstieg des Personalaufwands von nur gut 2%. Da die allgemeine Gehaltsrunde für den öffentlichen Dienst im Durchschnitt eine Erhöhung um 1,6% brachte, wäre eine deutliche Dämpfung der Lohndrift im Vergleich zu den Vorjahren erforderlich, um die veranschlagten Ausgaben nicht zu überschreiten. Dennoch dürfte der Zuwachs der Pro-Kopf-Gehälter der Bundesbediensteten auch heuer nicht geringer sein als in der Gesamtwirtschaft. Die Nebengebühren werden gegenüber dem vorläufigen Gebarungserfolg 1999 weiter spürbar ausgeweitet, und zwar in Summe um 4,4%. Die Einhaltung des veranschlagten Personalaufwands setzt daher ein straffes Personalmanagement voraus.

Die Personalausgaben für die (aktiven) Landeslehrer sind mit 38,1 Mrd. S (+2,0%) mit einer merklich geringeren Zuwachsrate veranschlagt als in den Vorjahren und auch mit einer geringeren Steigerung als die allgemeine Gehaltsrunde. Die Struktureffekte sollten sich hier

demnach heuer im Vergleich zu den Vorjahren deutlich abschwächen.

Die Zunahme des Personalaufwands im Bundesvoranschlag 2000 (einschließlich Landeslehrer) deckt sich mit den ursprünglichen Annahmen über die mittelfristige Entwicklung. Möglicherweise ist der Personalaufwand für 2000 aber sehr straff budgetiert.

Die Ausgaben für aktive Bedienstete enthalten darüber hinaus Zahlungen, die formal im Sachaufwand verbucht werden. Dazu zählen vor allem Aufwandsentschädigungen und Auslandszulagen. Insgesamt erreichten diese Aufwendungen 1999 2,3 Mrd. S, sie waren damit um mehr als 10% geringer als 1998. Vor allem die Aufwandsentschädigungen wurden stark eingeschränkt. Für 2000 wird mit gleich hohen Aufwendungen wie 1999 gerechnet (2,3 Mrd. S).

Schließlich sind Zahlungen an Personen zu berücksichtigen, die in keinem Dienstverhältnis zum Bund stehen, aber unmittelbar Leistungen erbringen. Das betrifft etwa die (externen) Lehrbeauftragten an Universitäten, aber auch die Obersten Organe sowie verschiedene Werkleistungen. Sie erforderten 1999 Ausgaben von insgesamt 4,6 Mrd. S; für 2000 sind sie etwa gleich hoch veranschlagt. Diese Zahlungen sind in den laufenden Sachausgaben enthalten.

Die zweite große Ausgabenkomponente für die Erstellung von Leistungen sind die *laufenden Käufe von Gütern und Leistungen*. Diese sehr heterogene Gruppe reicht von den Käufen von Rohstoffen und Handelswaren über die Aufwendungen für Energie, Telefon bis zu Mieten und Leistungen von Unternehmungen. Der überwiegende Teil dieser Aufwendungen sind Ermessensausgaben. Ein Teil dieser Aufwendungen hängt jedoch mit Finanzierungstransaktionen zusammen, die nur eingeschränkt der Erstellung von Leistungen dienen<sup>2)</sup>.

Insgesamt erforderten die laufenden Sachausgaben 1999 72,4 Mrd. S. Dieser Zuwachs von 2,3% gegenüber dem Vorjahr bedeutet eine reale Ausweitung. Für das laufende Jahr sind sie mit 72,6 Mrd. S etwa gleich hoch präliminiert wie 1999. Die Einsparungen betreffen vor allem die Instandhaltungen und die Landesverteidigung. Die Aufwendungen für Instandhaltungen entsprachen 1999 mit 6,5 Mrd. S etwa dem Niveau von 1998 und werden 2000 um 10,2% auf 5,8 Mrd. S gekürzt. Ähnlich ist für die Sachausgaben in der Landesverteidigung nach einem leichten Anstieg 1999 auf 10,8 Mrd. S (+1,8%) für das Jahr 2000 eine Kürzung auf 10,1 Mrd. S (um 6,8%) geplant. Neben diesen beiden wichtigen Komponenten werden auch andere Bereiche der laufenden Sachausgaben eingeschränkt. Die Aufwendungen für Mieten wurden etwa nach einem

<sup>2)</sup> Dazu gehören die Aufwendungen für Geldverkehrsspesen, Kursverluste usw. Dennoch werden sie hier wie üblich aufgrund des Postenverzeichnisses den laufenden Käufen zugerechnet.

kräftigen Anstieg in den letzten Jahren schon 1999 nicht mehr ausgeweitet (6,8 Mrd. S), für das Jahr 2000 ist sogar ein Rückgang um 12% auf 6,0 Mrd. S geplant.

Die laufenden Ausgaben für Güter und Leistungen sind, wie diese Analyse zeigt, deutlich von den Konsolidierungsbemühungen betroffen. Lediglich die Aufwendungen für Geldverkehrsspesen und Kursverluste steigen kräftig und verzerren das Bild. Sie erforderten 1999 6,35 Mrd. S (4,32 Mrd. S 1998) und sind für 2000 mit 9,25 Mrd. S präliminiert. Diese Aufwendungen stehen aber in keinem Zusammenhang mit der unmittelbaren Leistungserstellung und sind daher in die Konsolidierungsbemühungen schwer einzubeziehen.

Eine wichtige Komponente der öffentlichen Ausgaben sind die *Investitionen*. Sie waren schon 1999 mit 9,5 Mrd. S um 8,6% niedriger als 1998; für 2000 ist eine weitere Einschränkung um fast 20% auf 7,7 Mrd. S vorgesehen. Bei der Interpretation dieser Entwicklung ist allerdings zu berücksichtigen, dass durch Ausgliederungen und neue Finanzierungsformen die formalen Investitionen (die der Bund selbst tätigt) stark an Bedeutung verlieren. Immer mehr Aufgaben für (Hoch-)Bauten werden an die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) übertragen, die auch die Investitionen durchzuführen hat, und im Bereich des hochrangigen Straßennetzes erfüllt die ASFINAG wichtige Aufgaben. Überdies gewinnt die Leasingfinanzierung an Bedeutung. Nicht übersehen werden darf aber auch, dass sich im Zuge von Konsolidierungsmaßnahmen Investitionen besonders für Kürzungen eignen. Der Rückgang der Investitionen ist noch kein Indiz dafür, dass für die Infrastruktur in Österreich zuwenig aufgewandt würde. Für eine solche Beurteilung müssten alle Finanzierungsformen und Ausgliederungen berücksichtigt werden. Ein entsprechender Überblick fehlt allerdings.

Die Einschränkung der Investitionen des Bundes trifft sowohl die Bauten als auch die Ausrüstungen. Für die Bauten ist nach der starken Kürzung 1999 (fast -15%) nochmals eine Senkung um 5,4% präliminiert. Das umfasst vor allem Hochbauten, doch sind hier die Umschichtungen zur BIG zu berücksichtigen. Für Straßen wurde 1999 um 14% weniger aufgewandt als 1998, für heuer ist hingegen sogar ein leichter Anstieg um 1,9% präliminiert.

Sehr spürbar sind die Einschnitte im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen. Das gilt sowohl für Maschinen und Fahrzeuge als auch für die Amtsausstattung. Auch die Aufwendungen für Liegenschaftskäufe, die 1999 merklich ausgeweitet wurden (+20,6%), werden 2000 wieder spürbar eingeschränkt. Sie sind mit 0,42 Mrd. S präliminiert.

## TRANSFERAUSGABEN STAGNIEREN

Die Transferausgaben dienen großteils der sozialen Sicherheit. Insgesamt wandte der Bund 1999 für Transfers

### Übersicht 7: Transferausgaben

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg	2000 Bundesvor- anschlag
	Mrd. S			
Pensionen einschließlich Landeslehrer, ohne Post	40,2	43,8	41,8	43,9
Pensionen Post	11,2	11,2	11,3	11,6
Pensionen ÖBB	22,5	22,3	22,9	23,2
Zuschüsse zur Pensionsversicherung <sup>1)</sup>	83,3	82,7	87,0	81,7
Pflegegeld	16,1	17,2	16,8	17,4
Familienbeihilfen	32,8	35,9	35,8	38,7
Arbeitslosenunterstützung <sup>2)</sup>	35,5	34,4	34,2	31,5
Kriegsopferversorgung	5,5	5,5	5,2	5,1
Sonstige	30,2	31,7	30,4	33,3
Insgesamt	277,3	284,8	285,6	286,4

<sup>1)</sup> Einschließlich Ausgleichszulagen und Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger. – <sup>2)</sup> Einschließlich Karenzgeld.

285,6 Mrd. S auf (+3%), real mehr als im Vorjahr. Für 2000 sind diese Ausgaben mit 286,4 Mrd. S nur geringfügig höher veranschlagt als 1999, daher dürften sich reale Einbußen ergeben. Die Transfers lassen sich in vier große Bereiche gliedern:

1. Alterssicherung,
2. Familienförderung,
3. Arbeitslosenunterstützung (einschließlich Karenzgeld),
4. Pflegesicherung.

Diese vier Komponenten bilden rund 86% der Transferausgaben. Außerdem enthält die Ausgabengruppe die Aufwendungen für die Kriegsopferversorgung und eine Reihe kleinerer Transfers.

Die Ausgaben für die *Alterssicherung* umfassen die Zahlungen für die Pensionen der Bundesbediensteten und der Landeslehrer, für die Pensionen der Bahn- und Postbediensteten sowie die verschiedenen Zuschüsse zur gesetzlichen Pensionsversicherung (einschließlich der Transfers an den Ausgleichsfonds). Den Ausgaben stehen teilweise Einnahmen aus Pensionsbeiträgen der Beamten sowie Zahlungen der Bahn und Post gegenüber.

Insgesamt gab der Bund für die Alterssicherung 1999 brutto 163,1 Mrd. S aus (um 3,7% mehr als 1998). Unter Berücksichtigung der Einnahmen blieb ein Nettoeffekt von 144,3 Mrd. S. Im Bundesvoranschlag 2000 sind die Ausgaben brutto mit 160,4 Mrd. S veranschlagt (netto 141,2 Mrd. S). Der Rückgang ist ausschließlich auf den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung zurückzuführen, der allerdings nur durch Sondermaßnahmen reduziert werden kann.

Die Ausgaben für die *Pensionen der Bundesbediensteten* stiegen 1999 um 4,0% und sind für 2000 mit einer Zuwachsrate von 4,2% veranschlagt. Diese Zunahme spiegelt einerseits den deutlichen Struktureffekt und andererseits auch die Zunahme der Zahl von Pensionisten wider. Für 2000 beträgt die allgemeine Pensionserhöhung knapp 1%. Der Struktureffekt wirkt somit neuerlich kräf-

Übersicht 8: Aufwendungen des Bundes für Pensionen

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg	2000 Bundesvor- anschlag
			Mrd. S	
Pensionen Bundesbedienstete	31,5	34,1	32,7	34,1
Pensionen Landeslehrer	8,7	9,7	9,1	9,7
Pensionen Post	11,2	11,2	11,3	11,6
Pensionen ÖBB	22,5	22,3	22,9	23,2
Zuschüsse zur Pensionsversicherung	71,1	69,8	74,1	64,9
Überweisung an Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger	12,3	12,9	12,9	16,8
Summe Ausgaben	157,2	160,1	163,1	160,4
Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten	8,2	8,3	8,2	8,3
Pensionsbeiträge Post	4,2	4,0	3,9	3,7
Pensionsbeiträge ÖBB <sup>1)</sup>	6,2	6,2	6,5	6,6
Sonstige Pensionseinnahmen	0,3	0,3	0,3	0,5
Summe Einnahmen	18,8	18,9	18,8	19,2
Nettoaufwand für Pensionen	138,4	141,2	144,3	141,2

<sup>1)</sup> Einschließlich Pensionssicherungsbeitrag.

tig und spielt für den weiteren Konsolidierungserfolg daher eine entscheidende Rolle. Das gilt auch für die Pensionszahlungen für die Landeslehrer – hier deckt der Bund die Differenz zwischen Pensionsausgaben einerseits und den Pensionsbeiträgen andererseits. Diese Aufwendungen stiegen 1999 um 4,4% (auf 9,1 Mrd. S), im Jahr 2000 ist sogar mit einer Zunahme um 7,0% auf 9,7 Mrd. S zu rechnen. Der Zuwachs liegt deutlich über jenem im Bereich der Bundesbediensteten und lässt den großen Einfluss des Struktureffektes (möglicherweise auch die steigende Zahl der Pensionsbezieher) erkennen. Diese Entwicklung im Bereich der Pensionen der öffentlich Bediensteten (einschließlich Landeslehrer) erschwert den Defizitabbau.

Die Pensionen der (früheren) Bediensteten von Bahn und Post erforderten 1999 34,3 Mrd. S. Für 2000 ist eine Zunahme um 1,7% prognostiziert, deutlich weniger als für die anderen Bereiche der Pensionsempfänger. Allerdings sind auch die Einnahmen aus den Beiträgen dieser Unternehmen leicht rückläufig, sodass sich der Saldo des Bundes in diesem Bereich verschlechtert. Er stieg 1999 auf 23,9 Mrd. S (1998 23,3 Mrd. S) und wird 2000 24,5 Mrd. S betragen. Diese Entwicklung hängt auch damit zusammen, dass die Zahl jener Aktiven, die für die Berechnung der Pensionsbeiträge maßgebend ist, zurückgeht. Vor allem im Bereich der Post wird der Deckungsgrad spürbar geringer (1998 deckten die Pensionsbeiträge des Unternehmens noch 38,1%, im Jahre 2000 hingegen nur noch 31,7% der Pensionsleistungen). Das erschwert die Konsolidierung.

In der gesetzlichen Pensionsversicherung wurden 1999 die Pensionen generell um 1,5% erhöht (Anpassungsfaktor), für 2000 wurde die Anpassung mit 0,6% festgesetzt. Dazu kommen Maßnahmen für die Bezieher kleinerer Einkommen, sodass die Erhöhung im Durchschnitt 0,9% beträgt. Der Struktureffekt und die Zunahme der Zahl der Pensionen lassen jedoch die Ausgaben der Pensionsversicherungen deutlich stärker steigen. Die Zu-

wachstrate betrug 1999 3,6%; für 2000 wird mit einem Struktureffekt von 2,7% gerechnet.

### *Die Maßnahmen der bereits beschlossenen Pensionsreform sind für 2000 noch kaum wirksam.*

Der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung stieg 1999 auf 63,7 Mrd. S (+5,9%). Bei unveränderter Rechtslage wäre er 2000 neuerlich höher ausgefallen. Die Maßnahmen der bereits beschlossenen Pensionsreform sind jedoch für 2000 noch kaum wirksam. Daher waren Übergangsmaßnahmen (Einmaleffekte) erforderlich. Sowohl der Familienlastenausgleichsfonds als auch andere Fonds sowie die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt haben heuer insgesamt 14,3 Mrd. S an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungen zu überweisen, wodurch sich der Bundesbeitrag deutlich verringert. Er ist für heuer mit 54,9 Mrd. S präliminiert, um 13,7% niedriger als 1999. Die erwähnten Einmalmaßnahmen dämpfen vor allem die Bundesbeiträge im ASVG-Bereich, für die Pensionsversicherung der gewerblichen Wirtschaft und der Bauern haben sie kaum Auswirkungen. In den nächsten Jahren müssten diese Einmalmaßnahmen durch dauerhafte Effekte der Pensionsreform ersetzt werden.

Die Entwicklung der Ausgleichszulagen dämpft die Ausgabensteigerung in der Pensionsversicherung zusätzlich. Sie erforderten 1999 10,4 Mrd. S (nach 11 Mrd. S 1998) und sinken auf 10,0 Mrd. S im Jahre 2000.

Neben den Bundeszuschüssen fließen aus dem Bundeshaushalt erhebliche Mittel an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungen. Sie betragen 1999 12,9 Mrd. S und steigen 2000 spürbar auf 16,8 Mrd. S. Diese Zahlungen stammen (größtenteils) aus der Arbeitsmarktverwaltung und dem Familienlastenausgleichsfonds. Sie dienen vor allem dazu, die Aufwendungen für Ersatzzeiten abzugelten. Auch diese Einmalmaßnahmen können nur als Überbrückung angesehen werden, bis die Maßnahmen der Pensionsreform (ab 2001) voll wirksam werden.

Die zweite große Komponente der Transfers sind die Familienbeihilfen. Sie waren schon 1999 durch die erste Etappe des „Familienpakets“ geprägt, das 3,0 Mrd. S an zusätzlichen Mitteln erforderte. Der vorläufige Gebahrungserfolg zeigt, dass diese Prognose der Mehraufwendungen im Rahmen des „Familienpakets“ sehr präzise war. Im Jahr 2000 bringt die zweite Etappe, die aus dem Familienlastenausgleichsfonds die Mehrkindstaffel deckt, nochmals zusätzliche Aufwendungen von rund 3 Mrd. S. Die Familienbeihilfen sind daher im Jahre 2000 mit 38,7 Mrd. S präliminiert<sup>3)</sup>. Trotz dieser zusätz-

<sup>3)</sup> Details zum „Familienpaket“ und seinen Auswirkungen: Lehner, G., „Familienförderung neu geregelt“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(2), S. 865.



lichen Anforderungen weist der Familienlastenausgleichsfonds im Voranschlag heuer einen Überschuss von 0,19 Mrd. S aus.

Der dritte Bereich der Transfers betrifft die Zahlungen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenunterstützung, Notstandshilfe sowie das Karenzgeld). Insgesamt sind diese Aufwendungen rückläufig. Sie sanken 1999 auf 34,2 Mrd. S (1998 35,5 Mrd. S), im Jahr 2000 ist ein weiterer Rückgang auf 31,5 Mrd. S zu erwarten.

1999 hielten die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe etwa das Niveau von 1998. Diese Entwicklung spiegelt den 1999 bereits beobachteten Rückgang der Arbeitslosigkeit wider: Die Zahl der Arbeitslosen lag im Jahresdurchschnitt 1999 um etwa 16.000 unter dem Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt 2000 ist mit einer weiteren Abnahme um 25.000 zu rechnen. Die Ausgaben des Bundes sinken dadurch kräftig von 27,4 Mrd. S (1999) auf 24,5 Mrd. S im Bundesvoranschlag 2000. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit leistet damit einen gewissen Beitrag zur Budgetkonsolidierung. Zwischen Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe ist eine Verschiebung der Schwerpunkte zu erkennen: Die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung nehmen ab, jene für die Notstandshilfe zu.

Für das Karenzgeld waren 1999 6,9 Mrd. S erforderlich, im Bundesvoranschlag 2000 sind 7,1 Mrd. S vorgesehen. Die Aufwendungen für das Karenzgeld werden zu 70% aus dem Familienlastenausgleichsfonds gedeckt.

Die Ausgaben für das Pflegegeld erhöhten sich 1999 wieder spürbar um 4,3% auf 16,8 Mrd. S. Für 2000 sind sie mit 17,4 Mrd. S (+3,0%) präliminiert. Diese Zuwachsraten deuten darauf hin, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten steigt und die Ausgaben real ausgeweitet werden. Offenbar ergeben sich Strukturverschiebungen zu höheren Pflegestufen. Die Einsparungen der letzten Jahre wurden wieder kompensiert.

Gedämpft wird die Entwicklung der Transfers durch den Mittelbedarf für die Kriegsopferversorgung. Er ist rückläufig, weil die Zahl der Leistungsbezieher abnimmt. 1999 erforderte die Kriegsopferversorgung 5,2 Mrd. S (1998 5,5 Mrd. S), für 2000 sind 5,1 Mrd. S veranschlagt.

## FINANZIERUNGS-AUSGABEN EINGESCHRÄNKT

Die Finanzierungsausgaben im Bundeshaushalt werden von drei Komponenten geprägt.

1. Zinsaufwand,
2. Transfers an andere Träger öffentlichen Rechts,
3. Zahlungen an Unternehmungen.

### Übersicht 9: Ausgaben zur Finanzierung

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg	2000 Bundesvor- anschlag
	Mrd. S			
Finanzschuldzinsen	102,3	103,7	108,3	114,8
Transfers an Träger öffentlichen Rechtes	95,0	89,9	95,3	89,5
Transfers an Unternehmungen	31,7	38,5	31,1	34,0
Darlehensgewährung	0,3	0,5	0,3	0,5
Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen	9,6	1,7	3,9	1,2
Zuführung an Rücklagen	15,0	0,1	9,2	0,0
Sonstige	7,4	8,1	8,0	9,0
Insgesamt	261,1	242,5	256,2	249,0

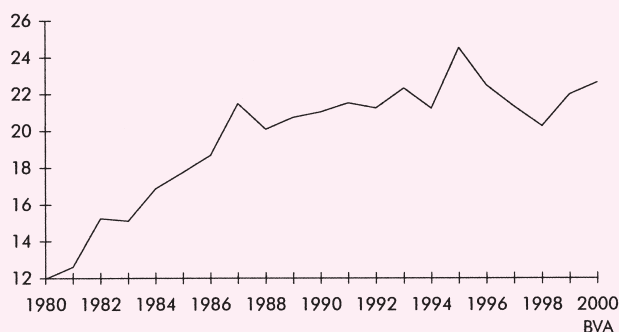
Auf diese drei Bereiche entfallen mehr als 95% der gesamten Finanzierungsausgaben. 1999 erforderten sie mit 256,2 Mrd. S um 1,9% weniger als 1998, und für das Jahr 2000 sind sie mit 249,0 Mrd. S präliminiert (-2,8%). Diese Veränderungen sind allerdings größtenteils durch die Rücklagenzuführungen geprägt, die zwar den administrativen Saldo, jedoch nicht jenen laut VGR beeinflussen. 1999 wurden 9,2 Mrd. S den Rücklagen zugeführt (1998 15,0 Mrd. S). In den Voranschlägen sind in der Regel keine Rücklagenzuführungen vorgesehen, weil sie sich erst aus dem Vollzug ergeben. Das gilt auch für das Jahr 2000 (ohne Rücklagengebarung wären die Finanzierungsausgaben 1999 um 0,3% gestiegen und im Voranschlag 2000 um 0,8%). Dennoch zeigt sich, dass die Tendenz der vergangenen Jahre, wonach der Bundeshaushalt immer stärker zu einem Finanzierungshaushalt wird, 1999/2000 zumindest zum Stillstand gekommen ist.

Die wichtigste Komponente der Finanzierungsausgaben sind die Aufwendungen für die Zinsen. Hier werden jedoch auch die Zinszahlungen für jene Kredite verrechnet, die der Bund für andere Rechtsträger aufnimmt und die vollständig ersetzt werden und daher saldenneutral wirken. 1999 betragen diese Zinsausgaben 3,5 Mrd. S, für 2000 sind bereits 4,2 Mrd. S veranschlagt. Diesen Ausgaben stehen allerdings gleich hohe Einnahmen gegenüber.

Gesondert zu betrachten sind auch die Zinsen im Zusammenhang mit den Währungstauschverträgen, weil sie ebenfalls (größtenteils) durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind. 1999 waren rund 9,4 Mrd. S an Zinszahlungen durch Einnahmen gedeckt. Im Jahr 2000 werden im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen Zinsausgaben von 11,1 Mrd. S erwartet. Netto betrug somit der Aufwand für die Zinsen 1999 95,5 Mrd. S und wird 2000 99,5 Mrd. S ausmachen; ein Teil davon entfällt auf die Verzinsung der kurzfristigen Verbindlichkeiten, die im Kapitel 51 verrechnet werden.

Die Ausgaben für die Zinsen werden gegenwärtig ausschließlich durch die Mengenkompone (die Zunahme der Finanzschuld) bestimmt. Die Finanzschuld stieg 1998 um 77 Mrd. S und 1999 um 117 Mrd. S. Die Preiskompone (der durchschnittliche Zinssatz) ist

Abbildung 3: Finanzschuldzinsen in % der Nettosteureinnahmen



hingegen in den letzten Jahren gesunken (von 5,7% 1998 auf 5,4% 1999), im Jahr 2000 ist mit keinem Anstieg zu rechnen. Der durchschnittliche Zinssatz der österreichischen Finanzschuld lag 1999 deutlich unter dem Durchschnitt der Euro-Länder von 6,0%.

*Die Zunahme der Aufwendungen für Zinsen und die Verschlechterung der Zinsen-Nettosteuerquote sind wichtige Indikatoren für die Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung.*

Ein wichtiger Indikator für den Budgetspielraum ist das Verhältnis von Nettosteureinnahmen zu Finanzschuldzinsen. In den Jahren 1995/1998 hat sich dieses Verhältnis spürbar gebessert. 1999 verschlechterte sich die Quote jedoch, sie stieg auf 22,0% (1998 20,3%). Für 2000 wird ein weiterer leichter Anstieg auf 22,6% erwartet, weil die Steuereinnahmen durch die Steuerreform gedämpft sind. Die Zunahme der Aufwendungen für Zinsen und die Verschlechterung der Zinsen-Nettosteuerquote sind wichtige Indikatoren für den Konsolidierungsbedarf im Bundeshaushalt.

Ein maßgeblicher Bereich der Finanzierungsausgaben sind die Transfers an andere Träger öffentlichen Rechts, insbesondere die Gebietskörperschaften. Der Bund überwies an die anderen Gebietskörperschaften (ohne Personalaufwandsersatz für die Landeslehrer) 1999 95,3 Mrd. S (etwa gleich viel wie 1998). Im Voranschlag 2000 sind diese Transfers auf 89,5 Mrd. S reduziert.

Der Bund finanziert Aufgaben anderer Rechtsträger in einem erheblichen Ausmaß. Allerdings zeigt sich nunmehr eine gewisse Zurückhaltung. Die Ausgaben für die Wohnbauförderung stagnieren bei 25 Mrd. S (Zweckzuschüsse und Sonderwohnbauprogramm). Die Bedarfszuweisungen gemäß § 21a Finanzausgleichsgesetz, die nicht zweckgebunden sind, stiegen zwar 1999 noch auf 8,2 Mrd. S (1998 7,8 Mrd. S), werden aber im laufenden Jahr durch die Auswirkungen der Steuerreform (weil sie aus dem Aufkommen der einkommensabhängigen Steuern und des Wohnbauförderungsbeitrags errechnet

Übersicht 10: Zahlungen an andere Gebietskörperschaften

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg	2000 Bundesvor- anschlag
	Mrd. S			
Ersätze für Personalaufwand und Pensionen der Landeslehrer	44,1	45,4	46,4	47,8
Wohnbauförderung	25,0	25,0	24,9	25,0
Bedarfszuweisungsmittel gemäß § 21a FAG	7,8	7,9	8,2	7,9
Krankenanstaltenfinanzierung	16,7	16,3	17,8	17,5
Transfers an Gemeinden	3,0	3,4	2,9	3,2
Sonstige Transfers an Gebietskörperschaften	11,3	10,3	10,4	10,0
Insgesamt	107,7	108,4	110,7	111,3

werden) gedämpft. Sie sind für 2000 kaum höher veranschlagt als 1998.

Wachsende Bedeutung für den Bundeshaushalt erhält die Krankenanstaltenfinanzierung. Diese Ausgaben entwickeln sich in den letzten Jahren sehr dynamisch, und der Bund ist stärker als früher in die Krankenanstaltenfinanzierung eingebunden. Die Position setzt sich aus den Abgeltungen des klinischen Mehraufwands (an die Universitätskliniken), den Zweckzuschüssen nach dem Krankenanstaltengesetz, den Zuschüssen aus Umsatzsteueranteilen sowie aus den Beihilfen zusammen, die gemäß dem Gesundheits- und Sozialbeihilfengesetz getätigt werden (ihnen stehen allerdings Einnahmen aus der Umsatzsteuer gegenüber, sie wirken daher saldenneutral). Insgesamt gab der Bund für die Krankenanstalten 1999 17,8 Mrd. S aus (1998 16,7 Mrd. S). Für 2000 wird mit einem leichten Rückgang auf 17,5 Mrd. S gerechnet.

Überdies leistet der Bund Zuschüsse zur Finanzierung des Nahverkehrs, für energiesparende und umweltschonende Maßnahmen sowie für die Theaterförderung und die Landwirtschaft (0,2 Mrd. S). Diese Zuschüsse sind zweckgebunden.

Der Bund hilft zudem den finanzschwachen Ländern und Gemeinden durch ungebundene Transfers (Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich, Zuschüsse für die Finanzkraftstärkung der Gemeinden). Diese Zahlungen stagnieren – sie betragen 1999 insgesamt 2,47 Mrd. S und sind für 2000 in etwa gleicher Höhe veranschlagt (2,45 Mrd. S). Die Ausgaben für die sonstigen Träger öffentlichen Rechts (insbesondere Fonds) sind teils durch die Überschüsse des Familienlastenausgleichsfonds geprägt. 1999 betragen sie 6,2 Mrd. S, während für 2000 nur 0,19 Mrd. S veranschlagt sind.

Die Transfers an Unternehmungen sind vor allem von drei Faktoren geprägt:

1. den Zuschüssen an die ÖBB,
2. Zahlungen für Haftungen im Rahmen der Exportförderung und
3. die Ausgaben für die Landwirtschaft.

Die Ausgaben an die ÖBB betreffen vor allem Zuschüsse für die Eisenbahninfrastruktur und die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen. Auch die Privatbahnen und die Telekom Austria erhalten Abgeltungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen. Insgesamt betragen die Zahlungen an die ÖBB 1999 34,6 Mrd. S (1998 36,9 Mrd. S), für 2000 sind sie auf 34,1 Mrd. S reduziert, wobei die Zahlungen für die Infrastruktur zurückgenommen werden. Die Abgeltung für gemeinwirtschaftliche Leistungen bleibt annähernd konstant. Die Transfers an die Privatbahnen und die Post sind gegenüber 1999 ebenfalls weitgehend unverändert.

Im Rahmen der Zahlungen an Unternehmungen sind die Aufwendungen für Haftungen der wichtigste Faktor; sie werden im Rahmen des Bundesvoranschlags 2000 sprunghaft erhöht (11,2 Mrd. S; 1999 5,6 Mrd. S, 1998 5,0 Mrd. S). Die Förderungen für die Landwirtschaft werden zu einem erheblichen Teil von der EU finanziert und sind daher saldenneutral. Sie betragen 1999 16,7 Mrd. S, für 2000 sind sie mit 16,1 Mrd. S präliminiert. Der Großteil dieser Mittel dient der Förderung der Produktion (insbesondere Ackerkulturen und Zucker), eine erhebliche Rolle spielen ferner die Zuschüsse für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Daneben wendet der Bund Förderungsmittel für die tierische Produktion und für Ausfuhrerstattungen auf.

Die traditionellen Förderungen an die Unternehmen (Zinszuschüsse usw.) verlieren hingegen an Bedeutung. Hier zeichnet sich eine Umschichtung zur Technologieförderung ab.

Eine deutlich geringere Rolle spielen jene Aufwendungen des Bundes, die im Zusammenhang mit dem Erwerb von Finanzvermögen stehen. 1998 gab der Bund noch 9,9 Mrd. S für den Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren sowie die Gewährung von Darlehen aus, 1999 nur noch 4,2 Mrd. S, und für 2000 sind für diese Aktivitäten nur 1,7 Mrd. S vorgesehen. Allerdings verbessert der Rückgang dieser Ausgaben den „Maastricht“-Saldo nicht, weil sie dort nicht berücksichtigt werden.

## EINNAHMEN DURCH STEUERREFORM GEPRÄGT

Die Steuern sind die wichtigste Finanzierungsquelle der öffentlichen Haushalte und auch des Bundes. Sie bringen rund zwei Drittel der Einnahmen des Bundes, rund ein Sechstel entfällt auf die steuerähnlichen Einnahmen und knapp 20% auf die sonstigen Einnahmen.

Die Steuern erbrachten 1999 brutto 669,8 Mrd. S. Das war zwar etwas weniger als 1998 (670,2 Mrd. S), doch war das Ergebnis 1998 durch einen Einmaleffekt im Bereich der Nebenansprüche (Umstellung in der zeitlichen Verrechnung der Steuerguthaben) um 13,6 Mrd. S ver-

### Übersicht 11: Einnahmen in ökonomischer Gliederung

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg	2000 Bundesvor- anschlag
	Mrd. S			
Steuern (netto)	460,2	456,9	449,7	458,3
Steuerähnliche Einnahmen	108,6	111,0	113,8	115,3
Sonstige	127,2	115,6	140,7	138,9
Insgesamt	696,1	683,5	704,2	712,4
	In % der Gesamteinnahmen			
Steuern (netto)	66,1	66,8	63,9	64,3
Steuerähnliche Einnahmen	15,6	16,2	16,2	16,2
Sonstige	18,3	16,9	20,0	19,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

zert. Ohne diesen Effekt wären die Steuereinnahmen 1999 im Vorjahresvergleich um 1,8% gestiegen, deutlich schwächer als das nominelle Bruttoinlandsprodukt. Die Bruttosteuerquote sank daher 1999 auf 24,9% (1998 25,1%).

*Die Steuerquote sinkt im Jahr 2000 weiter auf 24,2%, den geringsten Wert seit 1996.*

Im Jahr 2000 werden Steuereinnahmen von 684,7 Mrd. S erwartet; davon entfallen 1,2 Mrd. S auf die Verrechnung der Steuerguthaben. Bereinigt beträgt das Steueraufkommen somit 683,5 Mrd. S, das entspricht einer Zunahme von 2,0%. Die Steuerquote sinkt daher im Jahre 2000 weiter auf 24,2%, den geringsten Wert seit 1996.

Diese Verringerung ist einerseits auf die Steuerreform 2000 und andererseits auf die zweite Etappe des „Familienpakets“ zurückzuführen. Neben diesen beiden umfangreichen diskretionären Maßnahmen dürfte auch der Wegfall der erhöhten Vorauszahlung in der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer heuer die Steuereinnahmen dämpfen. Andererseits wurden im Jahr 2000 bereits Maßnahmen beschlossen, die zusätzliche Einnahmen bringen (Anhebung der motorbezogenen Versicherungssteuer, der Abgabe auf elektrische Energie, der Tabaksteuer und verschiedener Gebühren). Diese Maßnahmen zusammen erhöhen die Abgabenquote heuer um knapp 0,3 Prozentpunkte.

Die Steuern vom Einkommen brachten 1999 mit 317,0 Mrd. S um 0,5% geringere Einnahmen als 1998. Für 2000 ist ein weiterer Rückgang um 0,7% auf 314,7 Mrd. S zu erwarten. 1999 schmälerten die veranlagte Einkommensteuer und auch die Kapitalertragsteuer auf Zinsen das Aufkommen stark. Der Effekt der hohen Vorauszahlungen der Jahre 1996/97 dämpfte das Aufkommen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer 1999 zusätzlich. Im Jahr 2000 verringert der Wegfall der zusätzlichen Vorauszahlungen von 5% die Einnahmen. Die Verlagerung von Freibetragsbescheiden zur Arbeitnehmerveranlagung beeinflusst über-

Übersicht 12: Steuereinnahmen

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg	2000 Bundesvor- anschlag
	Mrd. S			
Steuern vom Einkommen	318,5	321,9	317,0	314,7
Veranlagte Einkommensteuer	41,5	42,0	39,8	41,0
Lohnsteuer	193,7	198,0	203,0	194,0
Körperschaftsteuer	52,1	48,0	44,7	48,0
Kapitalertragsteuer I und II	26,7	30,0	25,2	27,5
Sonstige	4,6	3,9	4,2	4,2
Steuern vom Aufwand und Verbrauch	324,7	342,9	337,4	354,9
Umsatzsteuer	216,2	233,0	227,0	235,9
Normverbrauchsabgabe	5,4	5,9	6,0	6,0
Mineralölsteuer	35,6	35,0	37,1	37,5
Tabaksteuer	15,1	15,5	15,9	16,8
Steuern auf alkoholische Getränke	3,6	3,9	3,5	3,9
Gebühren	11,9	10,5	10,3	10,7
Versicherungssteuer	10,0	10,5	10,0	9,9
Motorbezogene Versicherungssteuer	9,8	10,0	9,9	13,5
Energiesteuer	5,5	6,5	5,6	7,8
Sonstige	11,7	12,1	12,1	13,0
Steuern vom Vermögen	9,0	8,8	9,3	9,6
Steuern auf Einfuhren	3,3	3,5	3,4	3,1
Nebenanprüche und Resteinsätze	14,7	4,0	2,7	2,4
Insgesamt brutto	670,2	681,1	669,8	684,7
- Überweisungen an andere Rechtsträger	-183,8	-192,7	-191,0	-193,9
- Beitrag zur EU	- 26,2	- 31,5	- 29,2	- 32,5
Insgesamt netto	460,2	456,9	449,7	458,3

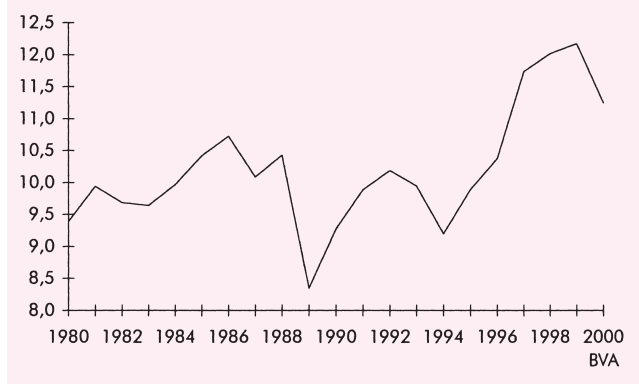
dies die Einkommensteuereinnahmen zugunsten der Lohnsteuer. Das Aufkommen der Kapitalertragsteuer auf Zinsen ist durch das sinkende Zinsniveau geprägt. Der Wegfall der Gewerbesteuer bedeutet ebenfalls eine Dämpfung der Einnahmen.

Die Lohnsteuereinnahmen stiegen 1999 hingegen trotz der Auswirkungen der ersten Etappe des Familienpakets, die etwa 2,2 Mrd. S erforderte, kräftig auf 203,0 Mrd. S (+4,8%). Für das laufende Jahr sieht der Voranschlag Einnahmen von 194,0 Mrd. S vor. Das wäre ein Rückgang um 4,4%, der durch die Steuersenkung und die zweite Etappe des „Familienpakets“ zu erklären ist. Der Anteil der Lohnsteuer am Masseneinkommen erreichte 1999 mit 12,2% einen Höchstwert und wird durch die Steuerreform im laufenden Jahr auf 11,2% reduziert, den niedrigsten Wert seit 1997. Die Lohnsteuereinnahmen sind durch die oben erwähnten Umschichtungen zwischen Arbeitnehmerveranlagung und Freibetragsbescheiden positiv beeinflusst.

Die Einnahmen aus Steuern vom Aufwand und Verbrauch werden von der Umsatzsteuer geprägt. Sie brachte 1999 227,0 Mrd. S, mehr als ein Drittel des gesamten Steueraufkommens. In diesem Betrag sind 14,9 Mrd. S enthalten, die aufgrund des GSBG an die Zahler zurückfließen. Im Jahr 2000 wird eine Zunahme des Umsatzsteueraufkommens auf 235,9 Mrd. S erwartet. Die Zuwachsrate von 3,9% liegt etwas unter jener des privaten Konsums. Die Aufkommenselastizität der Umsatzsteuer liegt im laufenden Jahr leicht unter 1.

Die Einnahmen aus den anderen Steuern vom Aufwand und Verbrauch entwickeln sich recht unterschiedlich. 1999 brachten vor allem die Normverbrauchsabgabe

Abbildung 4: Lohnsteuer in % des Masseneinkommens



(NoVA), die Mineralölsteuer und die Tabaksteuer erhebliche Einnahmewachse, während die Versicherungssteuern und auch die Energieabgabe stagnierten. Die Einnahmen aus Gebühren waren im Vorjahr sogar deutlich rückläufig. Insgesamt erhöhte sich das Aufkommen an den sonstigen Aufwands- und Verbrauchsteuern (ohne Umsatzsteuer) um 1,8%, wesentlich schwächer als das nominelle BIP; die Steuerquote wurde damit gedämpft.

Im laufenden Jahr ändert sich das Bild: Die Anhebung der motorbezogenen Versicherungssteuer (um durchschnittlich rund 50%), der Abgabe auf elektrische Energie (um 10 g je kWh) sowie der Tabaksteuer lässt heuer Mehreinnahmen von insgesamt rund 7 Mrd. S erwarten (diese Maßnahmen traten großteils mit 1. Juni 2000 in Kraft). Die Einnahmen aus den Aufwands- und Verbrauchsteuern (ohne Umsatzsteuer) fallen dadurch um 7,8% höher aus als 1999. Die Mehreinnahmen aus der Anhebung der Biersteuer und der Alkoholsteuer fließen allerdings den Gemeinden als (teilweiser) Ersatz für die Abschaffung der Getränkesteuer zu.

Die Steuern vom Vermögen und auf Einfuhren spielen im österreichischen Steuersystem nur eine geringe Rolle; die Einnahmen aus Einfuhrsteuern fließen großteils an den EU-Haushalt (vermindert um eine Einhebungsvergütung).

Vom Bruttoaufkommen an Steuern erhalten die Länder und Gemeinden Ertragsanteile, die aufgrund der Aufteilungsschlüssel des Finanzausgleichs errechnet werden. Weiters werden Anteile und Abgeltungen an Fonds sowie der Beitrag Österreichs an den EU-Haushalt abgezogen. 1999 stiegen die Ertragsanteile und auch der EU-Beitrag stärker als das Bruttosteueraufkommen. Die dem Bund verbleibenden Steuereinnahmen waren daher 1999 mit 449,7 Mrd. S geringer als 1998 (allerdings durch die erwähnten Verzerrungen aus der Umstellung in der Verrechnung der Steuerguthaben). Ohne diese Verzerrung wären die Nettoeinnahmen des Bundes 1999 geringfügig höher gewesen als 1998.

Im Jahre 2000 steigen zwar die Ertragsanteile und Überweisungen schwächer als das Bruttoaufkommen,

## Übersicht 13: Sonstige Einnahmen

	1998 Erfolg	1999 Bundesvor- anschlag	1999 Vorläufiger Erfolg Mrd. S	2000 Bundesvor- anschlag
Kostensätze	13,4	13,2	19,7	17,2
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	35,2	21,7	39,7	43,0
Transfers von Trägern öffentlichen Rechtes	12,8	7,1	5,2	3,3
Transfers von Unternehmungen	32,8	35,3	32,9	35,4
Transfers von privaten Haushalten	10,8	10,8	11,1	11,5
Transfers aus dem Ausland	16,5	14,3	16,7	15,0
Verkäufe von Beteiligungen	0,2	3,0	0,0	0,1
Rücklagenentnahme	4,1	4,9	12,0	7,5
Übrige	1,5	5,3	3,3	5,8
Insgesamt	127,2	115,6	140,7	138,9

der EU-Beitrag ist aber mit 32,5 Mrd. S um mehr als 11% höher veranschlagt als 1999. Die Nettosteuerentnahmen des Bundes sind im Voranschlag mit 458,3 Mrd. S ausgewiesen, um 1,9% höher als 1999. Insgesamt nehmen die Steuereinnahmen des Bundes sowohl 1999 als auch 2000 deutlich langsamer zu als das nominelle Bruttoinlandsprodukt.

Die steuerähnlichen Einnahmen sind für verschiedene Aufgaben zweckgebunden. Sie werden von der Entwicklung der Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds und der Arbeitslosenversicherungsbeiträge geprägt. Diese beiden Abgaben sind großteils von der Lohn- und Gehaltssumme abhängig. 1999 brachten die steuerähnlichen Einnahmen insgesamt 113,8 Mrd. S, um 4,8% mehr als 1998. Sie stiegen damit deutlich stärker als die Lohn- und Gehaltssumme, obwohl die Sätze und die Bemessungsgrundlagen unverändert blieben. Die hohe Zunahme ist auf Einnahmen im Zusammenhang mit der Siedlungswasserwirtschaft zurückzuführen, die nunmehr ebenfalls den steuerähnlichen Einnahmen zugerechnet werden. Sowohl der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds als auch die Arbeitslosenversicherung entwickeln sich proportional zur Lohn- und Gehaltssumme. Für 2000 scheinen allerdings die Einnahmen aus dem Dienstgeberbeitrag sehr vorsichtig geschätzt.

Die sonstigen Einnahmen des Bundeshaushalts sind sehr heterogen und stark von Einmaleffekten geprägt. Das gilt insbesondere für 1999: Die sonstigen Einnahmen brachten insgesamt 140,7 Mrd. S, um 10,6% mehr als 1998; ein erheblicher Teil dieser Zunahme ist allerdings auf Rücklagenentnahmen zurückzuführen (1998 4,1 Mrd. S, 1999 12,0 Mrd. S). Die hohen Mehreinnahmen aus Kostensätzen – großteils aus rückeretzten Ausgaben im Rahmen der Sozialversicherung (5,1 Mrd. S) – sind als Einmaleffekte anzusehen. Erhebliche Mehreinnahmen stammen aus Zinsen, denen jedoch Mehrausgaben gegenüberstehen.

Im Jahr 2000 ist mit geringeren sonstigen Einnahmen als 1999 zu rechnen. Das hängt teils mit einer Abnahme der Rücklagenentnahmen zusammen, die mit 7,5 Mrd. S präliminiert sind. Auch die Kostensätze

## Übersicht 14: Entwicklung der Finanzschuld

	Stand 31. Dezember 1998		Stand 31. Dezember 1999		1998/99 Verände- rung in %
	Mrd. S	In % der Ge- samtsumme	Mrd. S	In % der Ge- samtsumme	
Euro-Schuld	1.384,5	88,0	1.458,8	86,3	+ 5,4
Anleihen	972,0	61,8	1.097,6	64,9	+ 12,9
Bundesobligationen	22,5	1,4	17,8	1,1	- 20,9
Schatzscheine	105,0	6,7	84,5	5,0	- 19,6
Versicherungsdarlehen	136,0	8,6	129,1	7,6	- 5,1
Bankdarlehen	148,3	9,4	126,5	7,5	- 14,7
Sonstige	0,6	0,0	3,3	0,2	+411,6
Fremdwährungsschuld insgesamt	188,4	12,0	231,4	13,7	+ 22,8
Anleihen	165,3	10,5	203,1	12,0	+ 22,9
Schuldverschreibungen	9,6	0,6	11,0	0,7	+ 15,0
Auslandskredite	13,5	0,9	17,3	1,0	+ 27,6
Insgesamt	1.572,9	100,0	1.690,3	100,0	+ 7,5
Ohne Eigenbesitz des Bundes	1.535,7	97,6	1.623,4	96,0	+ 5,7

Q: Staatsschuldenausschuss, Bericht über die Finanzschuld des Bundes 1999.

sind nach dem kräftigen Anstieg im Vorjahr für das laufende Jahr geringer veranschlagt, vor allem weil die zu ersetzenden Ausgaben niedriger sind. Andererseits nehmen die Einnahmen aus Liegenschaftsverkäufen zu (sie sind mit mehr als 5 Mrd. S für 2000 präliminiert; 1999 1,4 Mrd. S).

## UMSTELLUNG IN DER FINANZSCHULDENDARSTELLUNG

Ab 1999 erfolgen erhebliche Umstellungen in der Struktur der Finanzschuld, weil die Darstellung jener Kredite, die in Währungen der Euro-Länder aufgenommen wurden (DM, französische Franken, niederländische Gulden) mit den Schillingschulden zusammen als Schulden in heimischer Währung ausgewiesen werden. Lediglich Schulden in Währungen von Nicht-Euro-Ländern gelten nunmehr als Fremdwährungsschulden. Dadurch ändern sich die Relationen im Vergleich zu früheren Jahren jedoch erheblich. Der Anteil der Fremdwährungsschuld an der Gesamtschuld des Bundes ist daher ab 1999 nicht mehr unmittelbar mit den Vorjahren vergleichbar.

Der Bund nahm 1999 229,2 Mrd. S zur Finanzierung des (Brutto-)Abgangs auf. Die Tilgungen der Finanzschuld betragen 137,9 Mrd. S. Der Bund deckte seinen Finanzbedarf im Jahr 1999 zu mehr als 92% in Euro und zu 8% in Fremdwährungen. Der überwiegende Teil der Kreditaufnahmen erfolgten in titrierter Form. Der Anteil der Anleihen (in Euro und in Fremdwährung) stieg dadurch von 72,3% (Ende 1998) auf 76,9% (1999). Die anderen titrierten Schuldformen (Schatzscheine, Obligationen), aber vor allem die nicht titrierten Kredite (Bankdarlehen, Versicherungsdarlehen) verloren hingegen weiter an Bedeutung.

Der durchschnittliche Zinssatz der Finanzschuld sank von 5,7% 1998 auf 5,4% 1999; die Euro-Schulden waren mit 5,6% höher verzinst als jene in Fremdwährung (4,2%).

Die Finanzschuld des Bundes betrug Ende 1999 1.623,4 Mrd. S (ohne Eigenbesitz). Sie stieg damit im Jahr 1999 um 87,7 Mrd. S. Der Schuldenstand erhöhte sich im Vorjahr nicht nur durch Kreditaufnahmen zur Bedeckung des Abgangs (im allgemeinen Haushalt), sondern auch durch Kursverluste, insbesondere im Bereich der Yen-Schulden. Diese vergrößerten die Finanzschuld im Vorjahr um fast 30 Mrd. S; allerdings sind diese Kursverluste ausschließlich buchmäßige Vorgänge und beeinflussen den Budgetsaldo nur im Rahmen der Zinszahlungen. Der Eigenbesitz des Bundes an Schuldtiteln nimmt stark zu (Ende 1998 betrug er 37,2 Mrd. S, Ende 1999 hingegen bereits 66,9 Mrd. S).

### DAS MITTELFRISTIGE BUDGET-PROGRAMM

Die Bundesregierung hat gemäß § 12 BHG spätestens sechs Monate nach Amtsantritt ein Budgetprogramm für die Legislaturperiode vorzulegen. Sie ist dieser Bestim-

Übersicht 15: Konsolidierungspfad 2000/2002

	2000	2002
	In % des Bruttoinlandsproduktes	
Einnahmen des Bundes	25,7	25,4
Steuern (netto)	16,4	17,2
Sonstige Einnahmen	9,3	8,2
Ausgaben des Bundes	27,7	26,4
Saldo Bund	- 2,0	- 1,0
Saldo übriger öffentlicher Sektor	+ 0,4	+ 1,0
Saldo Gesamtstaat	- 1,6	± 0,0

mung im Juli nachgekommen. Das Programm sieht vor, dass bis 2002 das gesamtstaatliche Defizit vollständig abgebaut wird („Nulldefizit“). Wenngleich keine konkrete Aufteilung der Salden zwischen den Gebietskörperschaften im Programm vorgesehen ist, hat sich doch die Absicht herausgebildet, dass die Länder und Gemeinden einen Überschuss von etwa 1% des Bruttoinlandsproduktes erbringen. Das würde für den Bund einen Abgang in höchstens gleicher Höhe bedeuten. Allerdings wurde diese Aufteilung noch nicht beschlossen.

#### Mid-term Perspectives of the Austrian Budget Policy – Summary

Austria's budget policy is focused on the goal of achieving a balanced household for the general government by the year 2002. This goal includes the states (Länder) and communities and thus requires intense co-operation between territorial authorities.

The reasons for a balanced household are, on the one hand, the wish to safeguard the inter-generation „contract“ and, on the other hand, to secure some leeway for future budgets and to strengthen Austria as a business location.

The study analyses government household management in 1999 and the budget for 2000. Both budgets provide keystones for mid-range budget policy. At present, budget policy is strongly focused on issues of balance rather than structure. In 1999, the total state deficit was 2.1 percent of GDP. The Länder and communities achieved a surplus of 0.3 percent of GDP, whereas the Federal government produced a deficit of 2.4 percent.

For 2000, the budget projects a loss of 2.2 percent of GDP (by the national accounts concept), while the other territorial governments are assumed to have a surplus of 0.5 percent. Accordingly, the total loss will be 1.7 percent of GDP.

Revenues in 1999 rose at a lower rate than GDP, a trend that will continue this year. The tax reform and the second stage of the „family package“ will dampen federal revenues in 2000. The revenue quota, still at 26.7 percent in 1998, will decline to 25.2 percent in 2000. The expenditure quota declined even more sharply from 29.2 percent in 1998 to 27.2 percent in 2000.

The decline of the expenditure quote applies across the board to all components with the exception of debt interest payments. Expenditure on interest payments rises faster than GDP (from 3.9 percent in 1998 to 4.1 percent in 2000). This trend makes it abundantly clear that new debt must be scaled down and interest payments reduced.

Other areas also show interesting trends: the propensity to invest is falling off and, remarkably, social expenditure is rising at a lower rate. However, the decrease in the federal contribution to the pension insurance system in 2000 is due mainly to „once-only effects“, which need to be replaced by the effects of the pension reform as of 2001.

Compared to former years, the Federal government is exercising more restraint not only with respect to social expenditure but also regarding transfers to other public organisations and enterprises.

Funding of the Federal budget depends on tax yields, which are growing at a weaker rate than GDP due to the tax reform. Revenues from wage tax this year will decline to 11.2 percent, the lowest value since 1997.

For the goal of a balanced overall household to be accomplished in 2002, and provided that the other territorial authorities achieve a surplus of about ATS 30 billion (1 percent of GDP), and also provided that the increased yield from the tax measures effective as of the start of 2001 will accrue exclusively to the Federal government, it would be necessary for the latter to reduce its expenditure quota by another 1.3 percentage points by 2002.

Der Weg zum „Nulldefizit“ ist bisher nur grob skizziert. Die Wirkungen der Erreichung eines Nulldefizits können nur anhand globaler Quoten aufgezeigt werden, wobei der Bundesvoranschlag 2000 als Ausgangsbasis dient:

Die Steuereinnahmen werden bei gegebener Rechtslage in den nächsten Jahren im Jahresdurchschnitt um etwa 3,8% zunehmen. Diese Steigerung bleibt unter der des Bruttonlandsproduktes und würde bedeuten, dass die Steuerquote in den nächsten Jahren leicht sinkt. Unter der Annahme einer zur Lohn- und Gehaltsentwicklung proportionalen Ausweitung der steuerähnlichen Einnahmen und einer leichten Verringerung der sonstigen Einnahmen gegenüber 2000 (bereinigt um alle Einmaleffekte) ergäbe sich eine Zunahme der Gesamteinnahmen von etwa 2,1%. Die Einnahmenentwicklung wäre demnach deutlich schwächer als jene des Bruttoinlandsprodukts.

Wenn man von einem Nulldefizit für 2002 ausgeht, dann dürfen die Gesamtausgaben in diesem Jahr nur so hoch sein wie die Einnahmen. Die Ausgaben müssten dann im Jahr 2002 gegenüber 2000 um rund 30 Mrd. S reduziert werden. Da gleichzeitig aber in einigen Bereichen Struktureffekte wirken (Personalaufwand, Pensionen), verschiedene zweckgebundene Einnahmen (bei unveränderter Rechtslage) entsprechende Ausgaben erfordern (etwa im Familienlastenausgleichsfonds oder in der Arbeitslosenversicherung), die Zinsausgaben weiter steigen und verschiedene Ausgaben von den Steuereinnahmen bestimmt werden, ergeben sich bis 2002 im

Vergleich mit 2000 zusätzliche Ausgaben, die den Konsolidierungsbedarf zusätzlich um etwa 70 Mrd. S erhöhen. Die Wirkung jener Einmalmaßnahmen, die im Jahre 2000 ergriffen wurden und etwa den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung dämpften, fällt dabei spätestens 2002 weg.

Daraus ergibt sich unter der Annahme, dass im Jahre 2002 ein ausgeglichener Gesamthaushalt erzielt werden soll, insgesamt ein Konsolidierungsbedarf von rund 100 Mrd. S.

Wenn die Länder und Gemeinden im Jahre 2002 einen Überschuss von knapp 1% des BIP erzielen, könnte der Bund ein Defizit von 30 Mrd. S zulassen. Die Ausgaben müssten dann bis 2002 auf Basis 2000 konstant gehalten werden – die Struktureffekte und die zusätzlichen Zinsaufwendungen könnten nicht gedeckt werden. Daher sieht das Konsolidierungsprogramm zusätzliche Ausgabeneinsparungen (im Bundeshaushalt) von rund 40 Mrd. S und zusätzliche Einnahmen von knapp 30 Mrd. S vor.

Unter der Annahme, dass diese zusätzlichen Einnahmen ausschließlich dem Bund verbleiben, erhöhen sich seine Steuereinnahmen bis 2002 im Jahresdurchschnitt um 6,7%. Das übersteigt das prognostizierte Wachstum des BIP deutlich, die Abgabenquote würde somit um knapp 1 Prozentpunkt zunehmen. Die Ausgabenquote hingegen würde um 1,3 Prozentpunkte sinken (von 27,7% im Jahr 2000 auf 26,4% im Jahr 2002).

## WORKING PAPERS

- Nr. 123 • 1999 **Conjectural Variation Models and Supergames with Price Competition in a Differentiated Product Oligopoly**  
*Michael Pfaffermayr*
- Nr. 124 • 1999 **Der Krankenstand in Österreich und sein Effekt auf das Arbeitsvolumen**  
*Gudrun Biffl*
- Nr. 125 • 1999 **Insider und Outsider, Inländer und Ausländer: Wo sind die Grenzen?**  
*Gudrun Biffl*
- Nr. 126 • 2000 **Motives for Firm Diversification. A Survey on Theory and Empirical Evidence**  
*Wolfgang Briglauer*
- Nr. 127 • 2000 **Convergence in Structure and Productivity in European Manufacturing?**  
*Klaus Gugler, Michael Pfaffermayr*
- Nr. 128 • 2000 **Demands Shifts, Labour Mobility and Unemployment Persistence**  
*Kurt Kratena*
- Nr. 129 • 2000 **European Exports and Outward Foreign Direct Investment. A Dynamic Panel Data Approach**  
*Peter Egger*
- Nr. 130 • 2000 **Economic Integration in Trade and FDI: Dynamic Considerations of Potentials and Adjustment**  
*Peter Egger*
- Nr. 131 • 2000 **The Transition to the Single Market in the German Insurance Industry**  
*Bernhard Mahlberg, Thomas Url*
- Nr. 132 • 2000 **On the Problem of Endogenous Unobserved Effects in the Estimation of Gravity Models**  
*Peter Egger*
- Nr. 133 • 2000 **Export Orientation, Foreign Production, and the Growth of Medium Sized and Large Manufacturing Firms**  
*Michael Pfaffermayr*
- Nr. 134 • 2000 **Die unterschiedliche Wachstumsdynamik in den USA und Deutschland in den neunziger Jahren**  
*Stephan Schulmeister*

Volltextversion: <http://www.wifo.ac.at/publ/verzeichnisse/working-p-all.html> • Verkaufspreis ATS 100,- bzw. EUR 7,27 • Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz, A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (1) 798 26 01/282, Fax (1) 798 93 86, E-Mail [Christine.Kautz@wifo.ac.at](mailto:Christine.Kautz@wifo.ac.at)